

Klassen in der aktuellen Diskussion

Einige Überlegungen

Hans-Günter Thien

Die Missachtung der Klassenthematik in Westeuropa scheint spätestens seit und mit der Finanzmarktkrise überwunden. Selbst bürgerliche Medien wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder *Die Zeit* greifen die Zunahme sozialer Ungleichheit als Thema auf. Dass insbesondere in linken Medien die für marxistische Theoretiker*innen geradezu klassische Klassenfrage endlich wieder verstärkt behandelt wird, kann daher nicht verwundern.¹

Nachdem kritische Theoretiker*innen in den 1980er und 1990er Jahren mehr als genug damit zu tun hatten, den Begriff der „Klasse“ gegenüber der herkömmlichen Soziologie und Politikwissenschaft überhaupt im Spiel zu halten (siehe zum Beispiel Thien 2010) und, angesichts der Entwicklung im Kapitalismus, selbst im eigenen Lager massive Zweifel an der Zeitgemäßheit des Klassenbegriffs geäußert wurden (vgl. Trenkle 2006), wird das Feld nun zunehmend bespielt (zum Diskussionsverlauf in Deutschland siehe Thien 2014).

Auch die aktuellen Auseinandersetzungen beziehen sich auf Marx und haben so mit dem Problem zu tun, dass dieser bekanntlich keine ausgearbeitete Klassentheorie hinterlassen hat, an die man einfach anknüpfen könnte. Die Klassenthematik ist vielmehr eingelassen in seine Gesellschaftstheorie, wie sie in „Das Kapital“ vorliegt, und findet sich darüber hinaus in einigen historischen Analysen von Marx. Die Frage ist, wie dieses für die heutige Phase der kapitalistischen Entwicklung ausgearbeitet wird – denn gefordert ist mithin nichts anderes als eine Analyse der empirischen Ausprägung der heutigen kapitalistischen Verhältnisse. Ich werde das hier nicht weiter verfolgen, zumal sowohl in Bezug auf die grundlegende Problematik wie auch auf den Diskussionsverlauf die Debatte schier unendlich ist und bereits einige Vorarbeiten vorliegen (vgl. etwa die entsprechenden Artikel im „Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus“ Haug 1994, Cubela 2014, Thien 2010; 2014 und die dort jeweils angegebene Literatur). Stattdessen werde ich versuchen, schlaglichtartig einige Probleme heutiger klassentheoretischer Arbeiten ins Blickfeld zu rücken.

Transnationalisierung und Klassen

Gemäß dem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation zur Schaffung immer größerer Kapitaleinheiten, also zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals und zur Realisierung eines Weltmarkts, wurde das Kapital-Lohnarbeitsverhältnis weltweit verallgemeinert und führte zu einer Inter- bzw. Transnationalisierung kapitalistischer Verhältnisse. Die zuvor bestehenden nationalen Schranken wurden vom Kapital spätestens seit den 1980er Jahren überwunden: Mit der Auflösung des sozialistischen Blocks und der Öffnung Chinas für kapitalistische Investitionen konnte sich das Kapital weltweit bewegen.

Einiges spricht dafür, dass damit auch der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital eine weltweite Bewegungsform gefunden hat, man also auf allgemeiner Ebene von einem Verhältnis von Bourgeoisie und Arbeiter*innenklasse sprechen kann. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen der weltweiten Vernetzung von multinationalen Unternehmen, die eine Transnationalisierung von Klassenverhältnissen belegen (Hirsch/Wissel

2011) und insbesondere für die Bourgeoisie eine „Transnational Capitalist Class“ (Sklair 2001) geltend machen (vgl. schon Pijl 1998). Wenn dabei zumindest die „Umriss einer Klasse“ (Wienold 2011) bestimmt werden, so bleibt allerdings zu fragen, ob und inwieweit es dabei tatsächlich um eine handelnde soziale Gruppe mit einigermaßen klaren Zielen geht, die in Politik umgesetzt werden. Denn die Unterschiede zwischen produktivem Kapital, Handels- bzw. Bankkapital und den Gruppierungen, die sich davon separiert haben und durch „Finanzdienstleistungen“ quasi marodierend weltweit nach Spekulationsmöglichkeiten suchen, sind schon erheblich. Angesichts der internen Differenziertheit dieser möglichen Kerngruppe von Mega-Unternehmen, die häufig mit dem „eigentlichen“ Geschäft des Kapitals, nämlich der Produktion von Waren gar nichts zu tun haben, sondern von nicht fungierenden Kapitalist*innen und ihren Vertreter*innen bestimmt werden, stellt sich sofort die Frage nach ihrer Beziehung zu den anderen Kapitalgruppen, die in begrenzterem Rahmen agieren. Dass hierin ein praktisch-politisches Problem liegen kann, hat schon Nicos Poulantzas (2002) mit seinem Begriff der „inneren Bourgeoisie“ als gleichsamem Gegenbegriff zu einer transnationalen Bourgeoisie thematisiert, also dem Verhältnis von national-transnational (vgl. genauer Koch 2009, Hirsch/Wissel 2010, Wienold 2010). Verbindend scheint immerhin für beide Bourgeoisiegruppen der Bezug auf einen Neoliberalismus, der zwar jeweils differenziert auszulegen ist, in allerdings unterschiedlicher Radikalität zum fraglosen Credo jedweder Politik wird.

Kees van der Pijl (2015) weist angesichts der unterschiedlichen Voraussetzungen – insbesondere der Länder des ehemaligen sozialistischen Blocks in Osteuropa – auf die möglichen politischen Implikationen der Transnationalisierung als Neoliberalisierung hin. Er sieht darin eine Veränderung der herkömmlichen Demokratie zu einer „autoritären Oligarchie“. Das hätte auch wesentliche Auswirkungen auf das Klassengefüge, da die für die westlichen Demokratien vertrauten demokratischen Prozeduren mitsamt dem geregelten Verhältnis der Sozialpartner infrage gestellt würden (vgl. auch Becker 2015). Geopolitik überlagert zunehmend die herkömmlichen Felder nationaler Politiken.

Auch in Bezug auf die Gruppen, die man gemeinhin mit der Arbeiter*innenklasse assoziiert, kann man von einer Transnationalisierung sprechen, insofern Arbeiter*innen unterschiedlichster Länder den Verwertungsinteressen multinationaler Kapitale untergeordnet sind. Gemäß einer verdinglichten marxistischen Lesart fehlt nur noch, dass Bourgeoisie und Arbeiter*innenklasse einen heftigen Kampf miteinander führen und schließlich die Arbeiter*innenklasse siegt. Hatten nicht Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest“ die Überwindung des Kapitalismus prognostiziert und an anderer Stelle in aller Bescheidenheit bzw. Überschätzung konstatiert:

Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. Nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist, 2. Daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt, 3. Daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet. (Marx 1953, 89)

Das ist nun wirklich ein starkes Wort, das sich mit den Realitäten kaum in Übereinstimmung bringen lässt, denn vom Sozialismus und seiner Durchsetzung kann bekanntlich keine Rede sein, im Gegenteil. Grund genug für weitergehende Nachfragen.

„Adieu, Proletariat“

Ausgangspunkt einer Aufnahme der heutigen Klassenproblematik ist die historische Zäsur, die die Begriffe „Fordismus“ und „Postfordismus“ umreißen. Bei meiner Analyse beziehe ich mich auf Deutschland, was eine Einschränkung beinhaltet, auf die noch zurückzukommen ist². Kurz gesagt geht es um den Keynesianismus und den mit ihm verbundenen Sozialstaat, der korporatistischen Einbindung der gewerkschaftlichen Arbeiter*innenbewegung in das herrschende Gesellschafts- und Politiksystem, womit erhebliche Auswirkungen für die Beteiligten verbunden waren, die gerade für die Klassenfrage zu berücksichtigen sind. Denn in diesem fordistischen „Klassenkompromiss“ gelang es, die von Vertreter*innen der marxistischen Arbeiter*innenbewegung häufig proklamierten Verelendungsprognosen für die Arbeiter*innenklasse und die Beschwörungen eines Zusammenbruchs des Kapitalismus praktisch zu widerlegen. Dieser hatte sich unter den besonderen Umständen nach dem Zweiten Weltkrieg weiterentwickelt. Ein Moment dieses Prozesses war, dass sich die soziale Lage von Arbeiter*innen und Arbeiter*innenfamilien zumindest in Deutschland in einer Weise verbesserte, wie sie noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts unter kapitalistischen Verhältnissen unmöglich schien.

Die materielle Lage wurde schrittweise über steigende Löhne und Sozialleistungen deutlich entspannter, eine Vollbeschäftigung nahezu erreicht, und auch die Wohnsituation wie insgesamt die Konsum- und Freizeitmöglichkeiten wurden verbessert. Die Ergebnisse:

In der Krankenversicherung wurde die volle Lohnfortzahlung für Arbeiter eingeführt, die Einkommensgrenze wurde dynamisiert und die Vorsorgeuntersuchungen in die Leistungen aufgenommen; die Renten wurden in der Zweiten Rentenreform nach Mindesteinkommen und flexibler Altersgrenze neu bestimmt; im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wurde das AVAG durch das Instrument der Umschulungen ergänzt und auf die Bedürfnisse einer dynamisch wachsenden Ökonomie ausgerichtet; ein allgemeines Kindergeld wurde eingeführt; die Leistungen der Sozialhilfe wurden verbessert; der Gesundheitsbereich (Krankenhausfinanzierungsgesetz) wurde ausgebaut [...], der Mieter- und Kündigungsschutz wurden verbessert; die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten wurde eingeführt bzw. vereinheitlicht und verbessert. (Hoffmann 2009, 565f.; vgl. insgesamt die zahlreichen empirischen Belege bei Mooser 1984)

Und dies alles mit einer befriedeten, nämlich primär sozialdemokratisch dominierten Arbeiter*innenbewegung und ihrer Gewerkschaften, die in einem tripartistischen Klassenarrangement zwischen Arbeit, Kapital und Staat zusammenwirkten. Ein Abschied von der „alten“ Arbeiter*innenbewegung schien notwendig und war angesagt: „Adieu, Proletariat“ (Andre Gorz). Die Arbeiter*innenbewegung, wie man sie aus der Geschichte gekannt hatte, mochte verloren haben – aber hatten nicht die Arbeiter*innen als Individuen gewonnen?

Dabei sind die sozialen Unterschiede innerhalb der Lohnarbeiter*innenschaft – etwa zwischen Facharbeiter*innen und ungelernten Arbeiter*innen, die häufig Migrant*innen sind, oder zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen – nicht zu vergessen. Ganz zu schweigen davon, dass sich trotz der genannten Verbesserungen der Abstand zu den „Reichen“, zur Kapitalistenklasse oder Bourgeoisie, kaum verringert hatte. Zudem hatten sich die angesprochenen Errungenschaften nicht einfach ergeben, quasi als notwendige Implikation freundlicher Unternehmer*innen in einem „Modell-Deutschland“. Sie waren vielmehr Ergebnis von teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen. Aber im Resultat bleibt festzuhalten, dass die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft insbesondere seit den 1960er Jahren eine des zunehmenden

Wohlstands und der sozialen Sicherheit, auch für Teile der Arbeiter*innenschaft, war. Dies implizierte letztlich „Modernisierungen“ der gesamten Gesellschaft (Infrastruktur, Erziehungs- und Hochschulwesen, Forschung und Technologie) und führte zu dem, was unter dem Stichwort der „Tertiarisierung“, der Umwandlung der Industrie- zur Dienstleistungs- oder postindustriellen Gesellschaft, gehandelt wird. Wichtig ist dabei, dass diese Veränderungen ihre kapitalistische Form fanden und zwischen den Sozialpartnern und der herrschenden Politik weitgehend einvernehmlich und „sozialverträglich“ erfolgten.

Das freilich schloss Konflikte und Benachteiligungen für einzelne Gruppierungen nicht aus. Neben der Komprimierung oder gar dem tendenziellen Wegfall ganzer Branchen (Bergbau, Stahlindustrie) handelte es sich dabei sowohl um eine interne Neuordnung der Branchenstruktur im sekundären Bereich als auch um eine Ausweitung der kapitalistisch betriebenen Bereiche von Dienstleistungen. Die Pointe der hierin eingeschlossenen Umstrukturierungsprozesse innerhalb des „gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers“ besteht darin, dass die Tertiarisierung insgesamt eine Verallgemeinerung der Lohnarbeit, zugleich aber eine neue Strukturierung der Unterschiede innerhalb der Arbeiter*innenschaft beinhaltet. Symptomatisch ist, dass die in den 1980er Jahren geradezu ausufernde Debatte um die Rolle der Angestellten, ihre Klassenlage und politischen Optionsmöglichkeiten geradezu gegenstandslos geworden scheint; praktisch aber ist sie damit noch nicht eingeholt. Denn bewusstseinsmäßig spielt „die Kragenlinie“ der Angestellten noch immer eine Rolle bei ihren Absturzängsten gegenüber „den Arbeitern“, die häufig Arbeiterinnen sind (vgl. Kadritzke 2006).

Wesentlicher und offensichtlicher Bestandteil dieser Entwicklung ist die in der Nachkriegszeit erstmalig auf breiter Linie erfolgende Einbeziehung von Frauen in den formalen Arbeitssektor. Basierend auf einer – zumindest teilweisen – Umdefinition der Rolle von Frauen in Bezug auf ihre bis dahin scheinbar selbstverständliche Sphäre von Hausarbeit und unter Zuweisung auf in der Regel unterbezahlte Positionen stellten sich viele von ihnen – trotz oder vielleicht auch wegen häufiger Teilzeitbeschäftigung – auf eine langfristige Berufstätigkeit ein. Nicht das „Ende der Arbeitsgesellschaft“, so ein Slogan der Mainstream-Soziologie, zeichnete sich für sie ab, sondern eine zunehmende Orientierung auf eine eigenständig erbrachte Existenzsicherung durch kontinuierliche Erwerbsarbeit. So ist die generelle und eklatante Benachteiligung von Frauen in Leichtlohngruppen ein häufig festgestelltes Faktum (Becker-Schmidt 1987); gleichzeitig jedoch deuten sich Verschiebungen an.

Es ist augenfällig, dass hiermit die überragende Bedeutung der Digitalisierung von Produktion und Dienstleistung angesprochen ist (vgl. Huws 2013). Bei allen nach wie vor bestehenden Unterschieden zwischen diesen beiden Lohnabhängigengruppen ergeben sich gleichzeitig Annäherungstendenzen zwischen ihren Beschäftigten, denn die Einführung der Neuen Technologien bewirkt eine gravierende Veränderung ihrer Arbeit. Die Umwälzung des Produktionsprozesses und die Veränderung der Arbeitssituation – Technisierung, Entkörperlichung und Diversifizierung der betrieblichen Abläufe – lassen immer weniger das Bild eines einheitlichen „Arbeitskörpers“ etwa in *der* Fabrik zu. Aber auch *das* Büro erfährt einen Technologisierungsschub, der mit einer Standardisierung und Routinisierung bestimmter Arbeitsabläufe einhergeht.

Das Bild von den „klassischen“ Arbeitern, die in der Regel als körperlich hart arbeitende vorgestellt werden, trifft inzwischen für die Mehrheit der Arbeiter*innengruppierungen in der Industrie, mehr aber noch für die angestellten Lohnarbeitergruppierungen nicht mehr zu. Zwar gibt es sie nach wie vor in beträchtlicher Anzahl etwa als Bandarbeiter in der Automobilindustrie oder als Montagearbeiterinnen in der Elektroindustrie, aber insgesamt stellt die-

ser Arbeitertypus selbst in den bisherigen industriellen Kernsektoren nur eine von mehreren Gruppierungen dar, die zudem zunehmend aus Arbeitsmigranten besteht; insgesamt ist auch hier die Art der Körperlichkeit einem Wandel unterworfen. (Thien 2010, 123)

Das aus den Anfangszeiten der Industrialisierung stammende Bild der Angestellten als „Commis“, als direkte Zuarbeiter*innen der Chefs, trifft ebenfalls schon seit langem nicht mehr zu, da die Dienstleistungen – zumindest in größeren Unternehmen – gewissermaßen „industrialisiert“ wurden. Statt einer eindeutigen Konstellation mit klarer Gliederung finden wir seit den 1980ern also eher verschiedene Entwicklungslinien und Verschiebungen zwischen einzelnen Bereichen, die teilweise Fragmentierungsprozesse beinhalten. Das gilt gleichfalls für Bewusstseinsformen und politische Haltungen und Handlungen. Vorweg: Soziale Lagen, etwa von Arbeiter*innen, erzeugten und erzeugen nie *direkt* bestimmte Bewusstseinsformen, Orientierungsmuster und politisches Handeln. Zwar gibt es nach wie vor

klassenförmige Bearbeitungsformen (z.B. Arbeiterkulturen), deren sozialmoralische Standards sich durch die Geschichte der letzten 150 Jahre ziehen und quasi als Sediment in das Verhaltensrepertoire jeder neuen Generation eingehen; aber die Individuen müssen sich diese erst aneignen und zugleich erneut gestalten. Hierzu gehört – als eine der vorhandenen Möglichkeiten – auch die Unterordnung unter die hegemoniale Politik, wird mit ihr doch auch an Teilinteressen angeknüpft und eine Zukunft verheißen. (ebd., 146)

Sein und Bewusstsein der Prekarität

Gegen Ende der 1970er Jahre erfolgte ein Bruch unter dem Vorzeichen der neoliberalen Wende. In Anbetracht schwindender Kapitalerträge wurde nach neuen Anlagemöglichkeiten für das Kapital gesucht, worauf die zunehmende Inwertsetzung bzw. Privatisierung bisher genuin öffentlicher Bereiche folgte. Dafür wurden die bis dahin mit den Gewerkschaften vereinbarten Standards aufgeweicht – zum Beispiel mit der rapiden Ausweitung von Zeit- und Leiharbeit sowie dem Abbau kollektiver Sicherungssysteme und Schutzrechte, insbesondere im Non-Profit- und Niedriglohnsektor. Diese Bereiche sind nach wie vor durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Frauenarbeit gekennzeichnet und vorwiegend in kleinen und mittleren Betrieben – etwa in der Gastronomie, im Pflegebereich, im Hotelgewerbe oder im Zustellbereich – anzutreffen. Gerade der Zustellbereich ist seit der Privatisierung der Post ein geradezu ausuferndes Feld neuer Anlagemöglichkeiten durch nationale wie internationale Einzelkapitale geworden, die ihre scharfe Konkurrenz auf dem Rücken der Arbeiter*innen austrugen, die selbst wiederum als zum Teil „neue Selbständige“ ihr großes Risiko weiterzugeben suchten (Sub-Sub-Untersub-Unternehmer*innen). Ähnliches gilt für den expandierenden Medienbereich, die ins Feld schießende Kulturwirtschaft und neue Weiterbildungsunternehmen, die, im Gefolge der insgesamt ausgerufenen Privatisierung mittels Beschäftigungs- und Transfergesellschaften, durch wechselnde Zeitarbeit und niedrigste Löhne ins Spiel zu kommen strebten.

Kurz, wir sprechen von der Entstehung einer Gruppe, die manche *das* Prekariat nennen und in der einzelne „die neue explosive Klasse“ (Standing 2015) sehen. Beides erscheint mir sehr vereinfachend und letztlich falsch, denn statt der Bildung einer einheitlichen Gruppe sehen wir vielmehr einen *Prozess* der Prekarisierung mit ungewissem und unterschiedlichem Ausgang und sollten daher eher von einer Statuspassage sprechen (vgl. Steinert 2011). Im Unterschied zur klassischen „industriellen Reservearmee“ ist vor allem die innere Differenziertheit des Prekarisierungsprozesses hervorzuheben.

Klaus Dörre (2009) unterscheidet für das Jahr 2007 zusammenfassend drei Strukturformen von Prekarität:

1. Der Prekarität wird die Mehrzahl der 7,4 Millionen Empfänger der Grundsicherung, unter ihnen etwa 2,5 Millionen Arbeitslose und 1,3 Millionen abhängig Beschäftigte zugeordnet.
2. Zu Prekarität zählt er auch die mehr als eine Million Leiharbeiter*innen, die über längere Zeiträume auf die Ausübung unsicherer, niedrig entlohnter und gesellschaftlich gering angesehener Arbeiten angewiesen sind. Es geht um die Zunahme atypischer Erwerbsverhältnisse von 17,5 (1997) auf 25,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten (2007). Obwohl drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten über einen qualifizierten Berufsabschluss haben, verdienen 6,5 Millionen Menschen weniger als zwei Drittel des Medianlohns. Diese Form der Prekarität trifft vor allem Frauen (30,5 Prozent) und Geringqualifizierte (45,6 Prozent).
3. Als weitere Strukturform gilt die eher versteckte Ausprägung von Prekarität innerhalb der formal gesicherten Beschäftigung, sichtbar etwa an im selben Betrieb beschäftigten Leiharbeiter*innen, die zur Verunsicherung beiträgt (ebd., 45f.).

Fassen wir als kurzes Zwischenresümee zusammen: Die Ausweitung der Inwertsetzung bisher öffentlicher Bereiche im Zuge der neoliberalen Wende und die Weiterführung des Modus kapitalistischer Rationalisierungen im Zuge der Transnationalisierung des Kapitals haben insgesamt zu einer deutlichen Ausweitung des Lohnarbeitsverhältnisses geführt; gleichzeitig hat dessen innere Differenziertheit deutlich zugenommen. Die Klassenverhältnisse haben sich insofern sowohl vereinfacht als auch verkompliziert. Die heutigen Lohnarbeiter*innen sind in ihrer Lage und Tätigkeit mehr oder weniger direkt von der Bewegung des Kapitals und seinen Ergebnissen betroffen. Das stellt sich in allgemein ähnlichen Bewusstseinsformen dar, wenngleich sich diese durch die mit der Steigerung der Konkurrenz erzwungenen Rationalisierungsprozesse unterschiedlich darstellen. Sie alle wissen um ihre Abhängigkeit vom Tausch ihrer Arbeitskraft gegen Geld und deren Entwicklung im Verlauf ihres Arbeitslebens. Sie wissen auch um die Problematik ihrer Zukunft und insbesondere der ihrer Kinder. Stéphane Beaud und Michel Pialoux (2004) sprechen für Frankreich von der „verlorenen Zukunft der Arbeiter“ und meinen damit vornehmlich Gruppen von Älteren, die häufig einem Abstiegsprozess unterworfen waren und diesen auch für ihre Kinder befürchten.

Die Rede von *dem* Proletariat war immer schon ungenau, da es seit Beginn der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse Differenzen innerhalb der Lohnarbeiter*innenschaft gab, sie war insofern eher Mittel sozialistischer Agitation und nicht zuletzt auch von Wunschdenken (vgl. zuletzt Schmidt 2014). Von einem Proletariat als handelndem Subjekt kann hierzulande wie auch andernorts bisher keine Rede sein. Man könnte es sich einfach machen und sagen, dass sich das, was man als Arbeiter*innenklasse zu bezeichnen gewohnt war, sich seit einiger Zeit als breite und in sich äußerst differenzierte Lohnarbeiter*innenschaft präsentiert. Klaus Dörre und Steffen Liebig (2011, 36f.) unterscheiden drei Klassenfraktionen, nämlich a) hochqualifizierte Beschäftigte, b) qualifizierte Arbeiter*innen und Angestellte und c) Beschäftigte im prekären Sektor. Die Frage, ob es sich dabei um eine Klasse oder deren drei handelt, scheint mir unter den gegebenen Umständen eher rhetorisch. Demgegenüber erscheint es laut Michael Vesters (2001; 2011b) sinnvoll, den Verschiebungen der internen Habitusformen im Gefolge der zunehmenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung (ebd. 2011a) nachzugehen. Denn hiermit verbunden sind die gegebenen

Anschlüsse an die herrschende Politik, ihre Institutionen und Organisationen ebenso wie mögliche Dissenspunkte. Dabei spielen auch Begrifflichkeiten eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie neuerdings auch die überhandnehmende Rede von der Gefährdetheit einer „sozialen Mitte“ deutlich macht, mit der Teile der Lohnarbeiter*innenschaft ideologisch an eben jene fingierte Mitte gebunden und von „den Prekären“ getrennt werden sollen. Viel wird davon abhängen, inwieweit sich die bisherige Modelung des Sozialstaats zum „autoritären Wettbewerbsstaat“ fortsetzen wird, und wie sich nicht zuletzt die Gewerkschaften zu den darin enthaltenen Zumutungen verhalten werden.

Leerstellen der Solidarität in der Krise

Aber der Argumentationsgang ist noch nicht beendet, wir müssen zu unserem Ausgangspunkt von der weltweiten Durchsetzung des Kapitalverhältnisses und seinen Folgen zurückkommen und über Europa sprechen. Trotz aller Friktionen schien alles einigermaßen geordnet und geregelt: Zwar war die Akkumulation des Kapitals ins Stocken geraten, aber im Großen und Ganzen schienen die kapitalistischen Verhältnisse auf gutem Wege. Musste man halt die Daumenschrauben ein wenig fester anziehen, was bei der Ausrichtung der gewerkschaftlichen Politik nicht ganz einfach, aber doch machbar schien. Dann aber kam 2008/2009 die Finanzkrise, und die gewinnträchtige Spekulation in den hochprofitablen Feldern des Finanzkapitals – und hier wiederum unter maßgeblicher Beteiligung des Bankkapitals – wendete sich schließlich auch gegen das produktive Kapital und seine Unternehmungen, die ihrerseits am Zustandekommen der Krise beteiligt waren. Notmaßnahmen waren erforderlich. Allerdings wurde dem Krisenverlauf bald eine eigenartige Wendung gegeben:

Die notwendige Kapitalberichtigung durch die Abschreibung von entwertetem Kapital hat nach der Finanzkrise von 2008 ebenso wenig stattgefunden wie die Schließung von Banken, deren Eigenkapital nicht mehr zur Haftung für die Verpflichtungen reicht, oder eine Zufuhr von frischem Geld durch private „Investoren“, um das Haftungskapital zu erhöhen. Die Krise hatte ihre „bereinigende Wirkung“ also gar nicht ausüben können. (Altvater 2010, 90)

Im Verbund mit der Europäischen Zentralbank war dies die „Stunde der Staaten“ und ihrer Handlungsmöglichkeiten, mittels eines Finanzpakts als Umgangsweise mit den entstandenen Problemen, die sogleich entnannt wurden: Denn die – nicht zuletzt durch die Politik massiv geförderte Ausweitung und Neugestaltung des Bankensektors und durch die horrenden Spekulationen entstandene – Finanzkrise wurde nun in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet; unter der Voraussetzung einer Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Banken, der sich die einzelnen Staaten beugen sollten. Das ging und geht, unter maßgeblicher Federführung der starken EU-Staaten und durch die EU-Kommission, bis hin zu konkreten Verhaltensvorschriften. EU-Kommissare überwachen die schwachen Staaten, insbesondere die EU-Länder des Südens, bei der Neumodellierung der Gesellschaft durch einen sogenannten „Fiskalpakt“, der die finanzielle Unterstützung von zu leistenden Vorbedingungen abhängig macht, die wiederum im Neoliberalismus gründen. Die Resultate der nachwirkenden Krise, sprich die Resultate der insbesondere mittels der Banken betriebenen Spekulationswellen, werden auf diese Weise festgeschrieben.

Vorausgegangen war dem die Demonstration der Handlungsfähigkeit des deutschen Staates durch die Sicherheitszusage der von Kanzlerin (CDU) und Finanzminister (SPD) in Bezug auf die Bankeinlagen und die mit Banken und Gewerkschaften abgesprochene

„Abwrackprämie“, mit der ein deutlicher Konsumschub erfolgte. Die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall wurden erneut unter Rückgriff auf die korporative Phase der Kooperation in jenen längst aufgekündigten, aber nun reaktualisierten Tripartismus eingebunden. Die Gewerkschaften in Deutschland sahen sich angehalten, auf die Reaktualisierung der Sozialpartnerschaft auch unter den inzwischen erheblich veränderten Bedingungen einzugehen.

Hiermit sind wir beim Verhältnis der im vereinten Europa zusammengeschlossenen Nationalstaaten und damit auch bei jenem der jeweiligen Lohnarbeiter*innen und nationalen Arbeiter*innenbewegungen zueinander angelangt. Der Verlauf ist bekannt: Durch die Festlegung der deutschen Regierung auf „Austerität als politisches Projekt“ (Stütze 2013) gelang es, den neoliberalen Politikentwurf zu verallgemeinern und den jeweiligen Ländern aufzuzwingen. Der „Fall Griechenland“ (ähnlich Spanien und Portugal) führt für unseren Zusammenhang dreierlei vor Augen: Erstens die Gnadenlosigkeit, mit der das „Prinzip Austerität“ insbesondere einem Land und seiner Bevölkerung aufoktroziert wird und dafür die Ergebnisse demokratischer Wahlen kassiert werden; zweitens die – trotz aller Proteste insbesondere des arbeitenden Teils ebendieser Bevölkerung sowie ihrer Gewerkschaften und Parteiorganisationen – sichtbare Schwäche, dem etwas entgegenzusetzen; drittens schließlich, dass es weder von Seiten der deutschen Lohnarbeiter*innen noch von der ihrer Gewerkschaften einen relevanten Beistand für ihre griechischen, spanischen oder portugiesischen Kolleg*innen gab. Das gilt ebenso für den Europäischen Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände: allgemeine Verlautbarungen und Unterstützungswünsche, aber keine breite praktische Solidarität (Gallas/Nowak/Wilde 2012). Die Arbeiter*innen und ihre Organisationen sind letztlich auf ihre nationale Basis zurückgeworfen, und es besteht die Gefahr, dass sie sich in dieser verfangen.

Klassen ohne Klassenkämpfe

Zurück zum Ausgangspunkt: zur weitergehenden Durchkapitalisierung der Welt und ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung, zur Klassenfrage und die möglicherweise erwarteten, ob erhofft oder befürchtet, *Klassenkämpfe*. Dabei knüpfe ich an einen Gedanken des englischen Sozialhistorikers Edward P. Thompson (1968) an: „The Making of the English Working Class“ ist eine Analyse über die Lernprozesse während der Durchsetzung des Kapitalismus in England (vgl. Cubela 2014, 125ff.). Thompson hebt gegenüber einer begrifflichen Analyse der Arbeiter*innenklasse den Sachverhalt des Klassenkampfes hervor: „In der Tat ist Klassenkampf sowohl der vorgängige als auch der universellere Begriff.“ (Thompson 1980, 267) Das stellt ein aufzuklärendes Paradox dar: Im Klassenkampf erschaffen sich die Klassen, aber was, wenn der Klassenkampf quasi stillgestellt ist, etwa im Sinne eines Klassenkompromisses, wie es beispielsweise für das Deutschland der 1960er und -70er Jahre der Fall war? Gibt es dann auch keine Klassen? Thompson bezieht sich auf die Entstehung der englischen Arbeiter*innenklasse vor inzwischen über zweihundert Jahren in der Aufstiegsphase des Kapitalismus. All das, was durch die Arbeiter*innenbewegung und ihren politischen Kampf bewirkt wurde, lag noch vor ihr – als Hoffnung, Sehnsucht oder Mythos. Dazwischen liegen die revolutionäre Machtergreifung in einem Land, die Stalin'sche Diktatur, Niederlage und Sieg gegen den Faschismus, der sogenannte „reale Sozialismus“ und die westlichen Demokratien und schließlich die Implosion des „sozialistischen Lagers“, dessen Länder inzwischen in besonderer Weise kapitalisiert wurden.

Die heutigen Voraussetzungen sind also völlig andere: Zwar wird an vielen Orten gegen die Unterdrückung und Ausbeutung gekämpft – ob in den Chip-Fabriken Chinas (Fuchs 2015) oder in den Minen Südafrikas, in den Autofabriken Brasiliens oder Indiens (vgl. Nowak 2015). Aber diese Kämpfe wachsen bisher nicht zusammen und von einer transnationalen Arbeiter*innenbewegung kann keine Rede sein, obwohl manche sich diese als Multiversum oder Multitude halluzinieren. Auf jeden Fall scheint die transnationale Bourgeoisie für einige Zeit die Fäden des Handelns in der Hand, sprich die Macht, zu haben. Dem hat eine in nationale Versatzstücke parzellierte Lohnarbeiter*innenschaft, die als transnational organisierte schlichtweg kaum vorhanden ist, wenig entgegenzusetzen.

Dieser Problematik kann nicht ausgewichen werden, will man nicht einen der Grundfehler der Vergangenheit wiederholen, der in der wiederholten Suche nach *dem revolutionären Subjekt* besteht – sei es nun *die Arbeiter*innenklasse*, *das Volk*, *die Pauperisierten* und *Prekarierten* oder schlicht *die Massen*, mögen wir dies als *alte* oder *neue* soziale Frage bezeichnen. In der Regel handelt es sich dabei um Projektionen der eigenen Schwäche, der man durch die Identifizierung mit *dem Einen* zu entkommen versucht. Man mag in China das „Epizentrum weltweiter Arbeiterunruhe“ (Fuchs 2015) sehen, so wie manche im „Arabischen Frühling“ den Beginn der Subjektwerdung der Menschheit zu beobachten meinten. Man mag die Figur der *dangerous classes* wiederzubeleben versuchen und in den Riots von London und Paris die Befreiung am Horizont aufleuchten gesehen haben, aber auch, wie sie rasch ihre Strahlkraft verloren und als Problematik nach wie vor vorhanden sind, jedoch keine gesellschaftspolitische Befreiungsperspektive eröffnen, was bezeichnend ist für die Härte der sozialen Ausgrenzungsprozesse (vgl. Bareis et al. 2010). In Frage steht demgegenüber ein linkes Klassenprojekt, das sich den Mühen der Ebene stellt und die Widersprüchlichkeit der Lohnarbeiter*innenlage in all ihren Dimensionen aufnimmt, was Produktion und Reproduktion beinhaltet und damit genuin die Genderpolitik ebenso ernsthaft bearbeitet wie etwa die Wohnfrage. Völlig zu Recht verweist John S. Saul (2014) auch auf notwendige neue Formen des Widerstands, womit die alten aber nicht einfach hinfällig sind. Schließlich geht es nicht nur um die Verbesserung der materiellen Lage, der Arbeit, von Einkommen, Wohnen und individueller Reproduktion, sondern auch um den Erfolg im Kampf um Hegemonie, um die Erringung einer lebenswerten Zukunft für die Mehrheit der Bevölkerung, über die diese selbst entscheidet.

Schlusswort

Bei diesem Kampf sind die jeweiligen konkreten gesellschaftlich-politischen Voraussetzungen zu berücksichtigen, und die sind für Lohnabhängige seit einiger Zeit alles andere als rosig. Das wurde in Bezug auf die Europäische Union und dabei wiederum insbesondere im Hinblick auf die Rolle Deutschlands schon angesprochen. Nicht nur dominiert innerhalb der EU-Institutionen der Einfluss der Lobbyisten (Roundtable of Industrialists), durch die sehr unterschiedliche ökonomische Potenz der einzelnen Länder spielt Deutschland politisch die Hauptrolle und gewinnt auch noch ökonomisch durch die innereuropäischen Transferprozesse (vgl. zuletzt Georgi/Kannankulam 2015). Der „gemeinsame Markt“ resultiert in weiteren Spreizungen zwischen armen und reichen Ländern, hierdurch wiederum gewinnen bzw. verlieren die entsprechenden Bevölkerungen (vgl. Bieling/Buhr 2015). Das legt auch für die Lohnarbeiter*innen im dominanten Deutschland eine Orientierung an der Sicherung des Besitzstands nahe, der weit über denen der Lohnabhängigen der meisten anderen Länder der EU liegt. Zwar verweisen die

Gewerkschaften in ihrer Ausrichtung gegen den Neoliberalismus und seine Folgen völlig zu Recht wiederholt auf die Gefahren der Globalisierung für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Erhaltung der Tarifautonomie. Damit ist aber eine nationale Aufladung nicht ausgeschlossen und kann sich in den Wirren der unterschiedlichen Vorschläge und Wege zur Krisenbewältigung verstärken, zumal ein Rechtsextremismus mitsamt seinem Rassismus weder bei den Lohnabhängigen (vgl. Dörre 2004) noch bei den Gewerkschaften schon vor der Finanzkrise unbekannt war (vgl. Zeuner et al. 2007).

Die seit kurzem massiv zunehmenden Migrationsprozesse insbesondere aus Kriegsregionen wie Syrien oder Afghanistan stellen nicht nur logistische Probleme der Unterbringung und Versorgung dar, wenn ihre politische Organisation in der im Augenblick gar nicht so geeinten Europäischen Union denn überhaupt einigermaßen gelingt. Mindestens so bedeutsam ist die Verarbeitung dieses Prozesses durch die jeweiligen Bevölkerungen, die auf der Grundlage der gegebenen Voraussetzungen dahin tendieren, die bestehenden Grenzen als Bollwerk nach außen noch weiter abzuschließen, da die eigene soziale Lage unter dem Banner der Austeritätspolitik noch unsicherer zu werden droht als sie es ohnehin schon ist.

Eine Unterstützung für weitergehende sozialistische politische Optionen wird sich zumindest in Deutschland und den anderen führenden Ländern Europas eher nicht ergeben. Der verbreitete Bedeutungszuwachs nationalistischer Parteien spricht eine deutliche Sprache. In Anbetracht des verstärkten Auftritts von Gruppen wie PEGIDA in Deutschland und des Echos auf ihre hasserfüllten rassistischen Tiraden werden sich die etablierten Parteien bei aller Abgrenzung dazu angehalten sehen, dem in ihrer künftigen Politik Rechnung zu tragen, sprich einen noch weitergehenden Tribut an den Rechtspopulismus zu entrichten als er ohnedies schon gegeben ist. Von entscheidender Tragweite wird sein, ob und inwieweit die Vertreter*innen und Organisationen eines linken Spektrums in der Lage sein werden, dem politisch etwas entgegenzusetzen. Dass sie dafür größere Kreise der Lohnarbeiter*innen erreichen müssten, erscheint mir evident, ob ein solcher Lernprozess in breitem Maße gelingt, jedoch mehr als offen. Man mag das als zu skeptisch oder gar als resignativ kritisieren und auf die zeitweise breiten Proteste etwa von Podemos in Spanien oder der Anhänger*innen von Syriza in Griechenland und andere mehr verweisen. Aber es handelt sich dabei vorwiegend um Abwehrmaßnahmen gegen die ihnen zugemuteten Einschränkungen, und es ist begründet zu vermuten, dass sie dem europäischen Herrschaftsgefüge auf absehbare Zeit kaum relevante Verbesserungen ihrer Lage werden abtrotzen können. Spätestens seit der Implosion des sozialistischen Lagers und dem weltweiten Siegeszug des Neoliberalismus ist das, was man im – weitesten Sinne – als Arbeiter*innenbewegung bezeichnen kann, in einer Defensive, die sich auszuweiten droht.³ Noch so gut gemeinte Appelle und Anrufungen werden das nicht ändern können.

Literatur

- Altwater, Elmar (2010): Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster.
- Bareis, Ellen/Peter Bescherer/Britta Grell/Armin Kuhn/Erwin Riedmann (2010): Die Stadt in der Revolte; in: Das Argument, 52. Jg., 795–805.
- Beaud, Stéphane/Michel Pialoux (2004): Die verlorene Zukunft der Arbeiter, Konstanz.
- Becker, Joachim (2015): Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft; in: PROKLA, 45. Jg., Nr. 180, 409–432.
- Becker-Schmidt, Regina (1987): Frauen und Deklassierung, Geschlecht und Klasse; in: Beer, Ursula

- (Hg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld, 187–235.
- Bieling, Hans-Jürgen/Daniel Buhr (Hg.) (2015): Europäische Welten in der Krise, Frankfurt am Main/New York.
- Cubela, Slave (2014): Klasse gemacht! Beiträge zur Aktualität der Klassentheorie, Wien.
- Dörre, Klaus (2004): Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen; in: Joachim Beerhorst/Alex Demirovic/Michale Guggemos (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main, 289–317.
- Dörre, Klaus (2009): Prekariat im Finanzmarkt-Kapitalismus; in: Robert Castel/Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Frankfurt am Main/New York, 35–64.
- Dörre, Klaus/Steffen Liebig (2011): Sekundäre Ausbeutung und Prekarität – Herausforderungen für die Klassentheorie; in: Z, 22.Jg., Nr. 87, 25–43.
- Fuchs, Daniel (2015): Das neue „Epizentrum weltweiter Arbeiterunruhe“? Klassenzusammensetzung und Arbeitskämpfe in China seit den 1980er Jahren; in: Peripherie, 35 Jg., Nr. 138/139, 303–326.
- Gallas, Alexander/Jörg Nowak/Florian Wilde (Hg.) (2012): Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg.
- Georgi, Fabian/John Kannankulam (2015): Kräfteverhältnisse in der Eurokrise. Konfliktodynamiken im bundesdeutschen „Block an der Macht“; in: PROKLA, 45. Jg., Nr. 180, 349–370.
- Haug, Wolfgang Fritz (Hg.) (1994): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hamburg/Berlin.
- Hirsch, Joachim/Jens Wissel (2011): Transnationalisierung der Klassenverhältnisse; in: Hans-Günter Thien (Hg.), 287–309.
- Hoffmann, Jürgen (Hg.) (2009): Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur, Münster.
- Huws, Ursula (2013): The Underpinning of Class in the Digital Age: Living, Labour and Value; in: Leo Panitch/Greg Albo/Vivek Chibber (Hg.): Socialist Register 2014, London, 80–107.
- Kadritzke, Ulf (2006): Der Blick nach oben und die Angst vor dem Absturz. Die professionellen Mittelklassen in der Zone der Verwundbarkeit; in: Josef Hödl/Klaus Posch/Georg Wilhelmer (Hg.): Sprache und Gesellschaft, Wien/Frankfurt am Main.
- Koch, Max (2009): Klassen- und Sozialstrukturanalyse in transnationaler Perspektive; in: Hans-Jürgen Burchard (Hg.): Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch, Frankfurt am Main/New York, 273–304.
- Magri, Lucio (2015): Der Schneider von Ulm. Eine mögliche Geschichte der KPI, Berlin.
- Marx, Karl (1953): Brief an J. Weydemeier, 5. März 1852, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin, 83–89.
- Moore, Barrington (1984): Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt am Main.
- Mooser, Josef (1984): Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970, Frankfurt am Main.
- Nowak, Jörg (2015): Massenstreiks und Straßenproteste in Indien und Brasilien; in: Peripherie, 35. Jg., Nr. 137, 74–102.
- Pijl, Kees van der (1998): Transnational Classes and International Relations, London.
- Pijl, Kees van der (2015): Kommt die globale autoritäre Oligarchie? Annäherungen und Konflikte zwischen dem Westen und dem Rest der Welt; in: Peripherie, 35. Jg., Nr. 137, 47–73.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie, Hamburg.
- Saul, John S. (2014): Neue Formen des Widerstands. Proletariat, Prekariat und die afrikanischen Aussichten in der Gegenwart; in: Peripherie, 34. Jg., Nr. 136, 487–507.
- Schmidt, Dorothea (2014): Mythen und Erfahrungen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse um 1900; in: PROKLA, 44. Jg., Nr. 175, 191–209.
- Sklair, Leslie (2001): The Transnational Capitalist Class, Oxford.
- Standing, Guy (2015): Prekariat. Die neue explosive Klasse, Münster.
- Steinert, Heinz (2011): Das Prekariat: Begriffspolitik und Klassenpolitik; in: Hans-Günter Thien (Hg.), 174–201.

- Stütze, Ingo (2013): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise, Münster.
- Thien, Hans-Günter (2010): Die verlorene Klasse. ArbeiterInnen in Deutschland, Münster.
- Thien, Hans-Günter (Hg.) (2011): Klassen im Postfordismus, Münster.
- Thien, Hans-Günter (2013): Von der Sozialpartnerschaft zu neuen Konflikten?; in: TECHNOSEUM (Hg.): Durch Nacht zum Licht?, Mannheim, 341–367.
- Thien, Hans-Günter (2014): Klassentheorien – Die letzten 50 Jahre; in: PROKLA, 44. Jg., Nr. 175, 163–190.
- Thompson, Edward P. (1968): The Making of the English Working Class, Harmondsworth.
- Thompson, Edward P. (1980): Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, Frankfurt am Main/Berlin/Wien.
- Trenkle, Norbert (2006): Kampf ohne Klassen. Warum das Proletariat im kapitalistischen Krisenprozess nicht wiederaufersteht; in: krisis, Nr. 30, 13–31.
- Vester, Michael (2001): Von der Integration zur sozialen Destabilisierung. Das Sozialmodell der Bundesrepublik und seine Krise; in: Claus Leggewie/Richard Münch (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, 75–121.
- Vester, Michael (2011a): Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft: Wohin treibt die gesellschaftliche Arbeitsteilung?; in: WSI-Mitteilungen, Nr.12, 629–639.
- Vester, Michael (2011b): Die Wirtschaftskrise und die Chancen eines gesellschaftlichen Pfadwechsels; in: Widersprüche, 31. Jg., Nr. 122, 9–33.
- Wienold, Hanns (2011): Die Gegenwart der Bourgeoisie. Umriss einer Klasse; in: Hans-Günter Thien (Hg.), 235–286.
- Zeuner, Bodo/Jochen Gester/Michael Fichter/Joachim Kreis/Richard Stöss (2007): Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Münster.

Anmerkungen

- 1 Als Beispiele seien nur PROKLA 175: „Klassentheorien“, *Peripherie* 137: „Klassenfragen“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 96: „Klassenanalyse und Intelligenz heute“, *Nebulosa* Nr. 06/2014: „Arbeiterinnen und Arbeiter“ genannt.
- 2 Ich folge in diesem Abschnitt meinen Ausführungen in Thien (2013).
- 3 Das ganze Ausmaß dieser Defensive wird deutlich, wenn man/frau sich zum Beispiel an den Sachverhalt des Eurokommunismus oder der italienischen kommunistischen Bewegung erinnert, die kurz davor schien, die Transformation zu einer sozialistischen Gesellschaft ins Werk zu setzen, um dann von heute auf morgen in der Versenkung zu verschwinden. Vgl. den grandiosen Text von Magri (2015). Vgl. insgesamt zu dem hier behandelten Zusammenhang immer noch die Untersuchung von Moore 1984.